

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Nummer 28

Halle (S.), Sonnabend, 19. September 1925

1. Jahrgang

## Die Deutschnationalen am Scheidewege!

### Weitere Zusammenbrüche der Landbundgenossenschaften.

#### Hinter den Kulissen.

Die Bedeutung der diesjährigen  
Rätkerbundtagung

bestand weniger in den Reden der Prominenten; so wertvoll die Ausführungen Painlevés, Chamberlains und vor allem Paul Boncourts auch waren: an die vorzähligen, ein neues Wortwort anknüpfenden Kundgebung Mac Donaldis und Ferrisris reichten sie nicht heran! Wichtig waren im bisherigen Verlauf der heutigen Tagung einige scheinbar nebensächlichere Ausführungen: Vor allem der führe Vortrag des Chinesen zu Gunsten der

Revision unanwendbar gesondener Verträge.

Denn die Resolution des spanischen Delegierten für den Sicherheitspakt, die abermals den Angriffsfriede als internationales Verbrechen erklärt und eine Konferenz zur Herabsetzung der Rüstungen fordert. Ferner des greisen Grafen Apponni tapferes Eintreten für die Minderheiten, das wir Deutsche ihm im Augenblick neuer Vergeßlichkeiten unserer Brüder und Schwestern in Polen und der Tschekoslowakei besonders danken. Endlich Loucheurs Vortrag zur Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz.

Bedeutungsvoller jedoch als das, was die Verhandlungsbereitschaft brachte, war, was

#### hinter den Kulissen in Genf

vor sich ging: Die Ausrichtungen der Londoner Juristenkonferenz, die Verhandlungen zwischen den französischen und englischen Staatsmännern über Termin, Ort und Art der beabsichtigten Ministerbesprechung mit Einschluß Deutschlands. Als Zeitpunkt ist nun die bevorstehende Monatswende festgesetzt worden, der Ort noch nicht bestimmt; man schwankt zwischen Lausanne, Lugano und Como, und dürfte die Entscheidung von der Teilnahme Mussolinis abhängen. Allen — wichtiger als diese Neugierigkeiten ist die Frage der

#### Angaben der Konferenz,

und hierüber scheint eine Einigung noch nicht erfolgt zu sein. England will nur über den Wehrpakt verhandeln, während Frankreich auf Einbeziehung der Ostfragen und fälschlich Teilnahme der Tschekoslowakei und Polens besteht. Es ist zweifellos, daß die letztere Form unsere Lage erheblich erschweren würde. Auch der Gedanke an zwei Parallel-Konferenzen wird erwogen; im Verhandlungszimmer über den Wehrpakt würden in diesem Falle zu gegebener Zeit jeweils die Vertreter der beiden Disziplinen austauschen, während die englischen Delegierten dann automatisch das Feld räumen würden. Vorläufig mag der Plan dieses „weltköstlichen Divans“ seinen übermäßig verlockenden Eindruck!

#### Inzwischen ist nun die offizielle Einladung an Deutschland

erfolgt, und am kommenden Montag wird ein großer Kabinetssatz unter dem Vorbehalt des Reichspräsidenten zu ihr Stellung nehmen. Die persönliche Zustimmung zur Teilnahme des Außenministers an der Konferenz ist zwar von Seiten sämtlicher Reichsminister — einschließlich der Deutschnationalen! — nicht zu bezweifeln; aber bei dieser Kabinettsitzung handelt es sich um innerpolitische Fragen. Auch bei uns, wie in Genf, spielt sich das wichtigste hinter den Kulissen ab.

Die deutschnationalen Mitglieder der Reichsregierung haben nämlich dem Sicherheitspakt zugestimmt, aber den Mut zum Eingetändnis dieses Schrittes ihren Wählern gegenüber noch nicht aufgebracht. Nachdem man sechs Jahre lang eine Inkompabilität Hege gegen die

#### „verdachten Erfüllungspolitik“

und die besten Stimmengänge mit ihr getrieben hat, mag dieses Eingetändnis aus auch reichlich peinlich sein. So sucht man ihm noch immer auszuweichen, und die demagogische Presse verhöhnt den verwirrten Wählern, daß „nationale“ Minister selbstverständlich nicht an derartigen verwerflichen „Berat“ teil haben. Jetzt wollen die deutschnationalen Kabinettsmitglieder ihren Wählern gegenüber so tun, als befämpften sie Dr. Stresemann und den Sicherheitspakt. So ist diese Kabinettsitzung zu einem Teile ein den deutschnationalen Mitgliedern vorbereitete

Zum anderen aber soll der kommende Montag endlich die notwendige Entscheidung bringen: die „oppositionelle Regierungspartei“ wird feierlich zu Grabe getragen. Entweder die Deutschnationalen lehnen aus Angst vor ihrem radikalen Flügel und ihren Wählern die Verantwortung für den Sicherheitspakt doch noch ab: dann müssen sie

aus der Regierung austreten.

Als politisches Ergebnis ihrer halbjährigigen Regierungstätigkeit hätten sie zwar nur die Zölle vorzuweisen — aber das genügt ihnen! Ob auch den Wählern, werden die nächsten Wahlen zeigen.

Oder aber sie fügen der reichen Liste ihrer gedrohenen Wahloversprechen noch eins hinzu und stimmen für Konferenz und Sicherheitspakt: dann dürfte ihr rechter Flügel um Freiherrn von Freitag-Vorhagen sich zu den Gräfen-Walle schlagen; — wozu man freilich eher den Deutschnationalen als den Volkshässen gratulieren müßte. Die Wähler aber würden der Partei der

#### „konjunktionsierten Vorkrecher“

bei erster Gelegenheit eine Generalauflösung ausstellen.

Wir sind grazilum genug, uns an den Qualen jener Partei zu weiden. Und wir verlangen, daß ihr die Entscheidung feinesfalls abgenommen oder erleichtert werde. Sollte sie zu Gunsten des Sicherheitspactes fallen, so fordern wir, daß die Deutschnationale Partei die Verantwortung voll und ganz mitträgt und daß deshalb Dr. Stresemann

#### in Begleitung von Herrn Schiele

oder eines anderen deutschnationalen Kabinettsmitgliedes an der Konferenzort reist. Die Altiersten haben diesem Wunsch bereits Rechnung getragen, indem in ihrer Einladung nicht von einer Konferenz der Außenminister, sondern von einer „Ministerbesprechung“ die Rede ist. Das Primat der Außenpolitik ist in Deutschland erledigt. Die

Mühsüßigen auf die deutschnationale Parteipolitik entscheiden über die Schicksalsfragen des deutschen Volkes! Und hinter den Kulissen, im Fraktionszimmer der Deutschnationalen im Reichstagsgebäude und in der deutschnationalen Reichspartei, sind die nächsten Fragen deutscher Außen- und Innenpolitik; — aber auch über Schicksal und Bestand der Deutschnationalen Volkspartei!

J. M. D.

## Die Flucht vor der Verantwortung.

Im Jagow-Prozess, der die Vorgänge bei dem Rapp-Putsch zum Vortrill brachte, leugneten die Angeklagten oder die als Zeugen vorgebliebenen Hauptbeteiligten jegliche Mitschuld. Alle, wie sie da erschienen waren, vom General bis zum Gruppenführer, wollten an dem Einmarsch der Revolution nur rein zufällig früh 6 Uhr bei einem Morgenpaßlergang in die Nähe des Brandenburger Torcs gekommen sein und sich dort ebenso zufällig getroffen haben. Dieses fortgesetzte Leugnen, diese Flucht vor der Verantwortung läßt auf den Oberreichsanwalt Dr. Cbermayer, der die Anlage vertrat, eine Wirkung aus, die er in nachstehende Sätze kleidete:

„Ich habe kein moralisches Verurteil über die Angeklagten abzugeben. Aber ich kann nicht umhin, als meine persönliche Anschauung auszusprechen, daß ich im Interesse der Angeklagten selbst es für schöner gefunden hätte, wenn sie den Mut aufgebracht hätten, vor uns hinzutreten und zu sagen: Ja, wir wußten, welche Bedeutung dieses Unternehmen hatte, wir wußten, daß wir unsere Freiheit riskierten, aber es war unsere Pflicht, es zu tun. Hätten die Herren sich entschlossen, in dieser Weise zu ihrer Tat zu stehen, so wäre mir das, rein menschlich genommen, ungleich sympathischer gewesen.“

Man kann nicht lägen, daß dieser Appell an das moralische Verantwortungsgesühl, an den Mannesmut derjenigen, die es anging, irgendwelchen Eindruck gemacht hat. Man blieb damals beim Leugnen und hat dieselbe Methode fortgesetzt. Persönliche Verdrächtigungen niedriger Art, die wüßte Hege gegen alle, die demokratischer

oder republikanischer Gesinnung verdächtig sind, bilden die ständige Angriffsform derjenigen, die sich als die alleinigen national Gesinnten und als angelegliche Retter des Vaterlandes bezeichnen. Wird aber die politische Luft dick, gilt es, mit Mannesmut

#### die Folgen einer solchen Kampfesweise

auf sich zu nehmen, dann weiß man von nichts. Das ist, vom Erzberger- und Rathenau-Mord angefangen, so geblieben bis auf den heutigen Tag. Dieselbe Methode verfolgt man auch dem republikanischen Staat gegenüber. Pensionierte Militärs und Beamte, die ihre Pension von der Republik beziehen, auch im aktiven Staatsdienst befindliche, beteiligen sich offen an der Verächtlichmachung der Staatsform und glauben sich berechtigt, die Staatsfarben nicht allein abzulegen, sondern auch in sich zu führen. Wehrt sich dann dieser Staat und verlangt er von seinen Beamten zunächst das eigene Bekenntnis zur Staatsgesinnung, dann schreibt man Gewalt und beslag sich heuchlerisch über eine gerade in dem bisher verdächtig gemachten demokratischen Staatswesen unzulässige Beschränkung persönlicher Freiheit. Ja, Staatsbeamte, die mit der Erziehung zur Staatsgesinnung betraut sind,

#### treiben die Heuchelei dann soweit,

daß sie den Staat dafür verantwortlich zu machen suchen, wenn ihm jugendliche Gemüter, die vorher von ihnen systematisch gegen diesen Staat aufgebeht worden sind, und in deren Augen man ihn in der abgesehenen Weise ebenio systematisch verächtlich gemacht hat, abheben.

Ein Bild von diesem Treiben gewinnt man, wenn man die aus Kreisen von Jugendberzählern stammenden Stimmen in der Reichspresse zum Erlaß des preussischen Kultusministers gegen eine parteipolitische Bestätigung der Schüler verfolgt. Die Jugend gegen die Republik aufgebeht? Die schwarzrotgoldene Fahne verächtlich gemacht? Kein Gedanke daran! Alles wäht keine Hände in Unschuld. Nur das „eigene“ Temperament bildet die Jugend gegen die Republik und ihre Farben. Nur „Vaterlandsiebe“ führe sie in die Organisationen, die das Hochbetrieblen der heutigen Staatsform nicht anerkennen. Alles komme eben ganz von selbst, weil der Staat bisher keine Leistungen aufzuweisen vermöge. Und schließlich sogar der hümsige Finanzier; bei dem herabgesetzten Kapitaler müße die Jugend doch zeitig mit parteipolitischer Gesinnung anfangen. — Ist hier ein Unterchied

#### zwischen den „Heiden“ des Jagow-Prozesses und solchen Jugendbildern?

Wir finden keinen. Die moralischen Qualitäten in Bezug auf „Charakterfestigkeit und Mannesmut“ sind die gleichen.

Dieselbe Einstellung dem Staat gegenüber findet man jetzt auch in der Presse der sogenannten nationalistischen Verbände. Bis vor wenigen Wochen wurde in jeder Nummer in der niederträchtigsten Weise gegen den Staat und gegen jeden republikanisch denkenden Menschen gehetzt. Nur wenige Beispiele, wobei wir wüßlich zitierten. Es hieß über die Staatsform und über ihre Anhänger:

„Hera der politischen, moralischen und kulturellen Verblümung. Schweinefall. Verärterkumpenie. Gemeinshaft von Schändern deutscher Ehre. Höllemauer der Korruption für einen riesengroßen Volksbetrug. Schwarzrotgoldene Judenfahne. Den verkränkten ersten Reichspräsidenten nannte man einen Zerrinnigen. Alle, die Sündenbündel nicht wählten, wurden als fleine hechnittene und unbeschnittene Mistkräuter, als Zeiglinge in Hohen und Nied und als Kötter mit widerlichem Gestank bezeichnet.“

Diese Ausdrücke sind wüßlich im „Alten Dessauer“ zu finden, der auch in den Mitgliederkreisen des Luiseklub und es nicht allein sehr verbreitet ist, sondern dem eine händige Beilage dieses Landes in der Zeitung zur Wahrung deutscher Frauenwürde und Frauenwürde beiliegt. Daß man in den Mitgliederkreisen des Bundes an einer derartigen Ausdrucks- und Kampfesweise Anstoß genommen hat, ist nicht bekannt geworden.

Jetzt scheint auch für diese Presse die politische Luft etwas dick geworden zu sein.

Die Umdeutung von Geheimorganisationen, deren Anhänger vor gemeinem Meudelmord nicht zurückschrecken, wehren sich. Die Zahl der meuchlings Gemordeten wächst von Tag zu Tag. Prozesse, die die ganze

Scheulichkeit, Feigheit und moralische Verkommenheit von Zugehörigen solcher Organisationen enthielten, haben stattgefunden oder sind in Vorbereitung. Und überall spielen die Fäden in sogenannten vaterländischen Verbänden hinein. Da macht man es wieder, wie beim Jagde-Prozess; man weiß von nichts. Man wäscht seine Hände in Unschuld und verweist sich sogar in derselben Presse, die noch vor kurzem die weiter oben nur im Ausnahmefall und an einigen Beispielen gezeigte Hege betrieb, zu Nachsichtenden.

„Unmöglich sollte doch wohl die Wahrheit aufdämmen, daß keine Partei, keine Koalition und keine Organisation allein das Vaterland retten kann, sondern nur eine Zusammenfassung aller Kräfte, Einigkeit und Volksgemeinschaft. Das gilt auch für jeden einzelnen und jeden Volk. — Es gibt keinen großen oder größeren Verband, der das Problem der Staatsform jetzt auflösen könnte. — Wir ringen auf gleichmäßigem Wege, wobei wir die Staatsform nicht als ausschlaggebend betrachten, um einen Staat, der als oberstes Gesetz die Unterordnung der Freiheit des Einzelnen unter die des gesamten Vaterlandes proklamiert.“

Daß die Unterordnung der Freiheit des Einzelnen ihren beispielesweise zunächst darin besteht, daß er selbst die Staatsfarben ansetzt und, wenn es ihm umherforbert, andere zu derselben Mützung erzieht oder veranlaßt, scheint jenen Kreisen, aus denen die jetzt angeführten Sätze stammen, noch nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein. Ebensoviele scheint sie das geringste Verständnis dafür aufzubringen, daß man eine Volksgemeinschaft nicht aufbauen kann, wenn man politisch andersdenkende Volksgenossen als „Hunde mit widerlichem Gestank“ bezeichnet.

Was steckt also hinter diesem Getöse, das mit einem Male von der bisherigen Einstellung und von der bisherigen Schreibweise abweicht? Eine bodenlose Heuchelei. Eine jämmerliche Furcht, die bisher betriebene niederrichtige Hegearbeit nicht in ihrer Auswirkung auch auf das eigene Volk zurückzuführen und dann die Staatsgewalt zum Zugriff veranlassen.

Und dann dämmert wohl auch eine Ahnung dafür auf, daß die blamable außenpolitische Haltung der angeführten Parteien, die einen freiwilligen Verzicht auf deutsches Land unterzeichnen, und die innenpolitische Vögelerei, mit der man seine Überprüfungen gemacht hat, die eigenen Anhänger topfische machen müssen. Deshalb mit einem Male die Schwertung. Es ist Gefahr im Verzuge. Eine Gefahr, für die man selbst verantwortlich ist, die man aber durch jämmerliche Schuldmandor ablenken möchte. All dies gelungene dann gehts wieder von neuem und nach den alten Methoden wieder. — Wiederlich, solches Gebahren! Jämmerlich das Verhalten solcher „Retter“! Das ist das einzig zutreffende Werturteil.

J. Dornblüth.

## Weitere Zusammenbrüche von Landbündgenossenschaften.

Die Bauern „in den Dred geföhrt“.

Der riesengroßen Meite der Niederlausitzer Landbündgenossenschaft, bei der Tausende von Kleinbauern die Geschäftsbüro sind, ist ein Krach im Melkenburgischen Landbund auf dem Zuge geföhrt. Die Landbündgenossenschaft soll, wie man hört, einen Fehlbetrag von mindestens 500 000 Mark aufweisen, für den die einzelnen Mitglieder, die sich natürlich wiederum zum größten Teil aus Kleinbauern zusammensetzen, verantwortlich sind. Es ist unmöglich zu sagen, daß auch diese Landbündgenossenschaft, obwohl sie wie alle anderen vorgibt, politisch neutral zu sein, gerade zur Befriedigung politischer Machtgier die Geld mit vollen Händen umhergeschleudert und

den politischen Stimmengang

im großen betrieben hat. So sind beispielsweise dem „Kostoder Anzeiger“ 400 000 Mark zugeföhnt, damit der

# Frankreichs Friedensoffensive.

Frankreich versteht es, aus seiner innerpolitischen Neuorientierung außenpolitischen Nutzen zu ziehen. An derselben Stelle in Genf, von der vor Jahren der jüngst verlorene Vriand das Evangelium der Gewalt gepredigt hatte, sprach Poincaré als Apostel des Friedensgedankens, als Vertreter der Idee eines einigen Europa, als Vorkämpfer der deutsch-französischen Verständigung. Der Unterrichtsminister Anatole de Monzie, der jetzt die zahlreichen Freunde Frankreichs in Dänemark aufgesucht hat, benutzte die erste Gelegenheit, um anzukündigen, daß er auch nach Berlin gehen werde, um der zukünftigen Zusammenarbeit zu dienen. Die Monarchie hat bereits den Boden in Deutschland durch das bekannte Schreiben vorbereitet, in dem er sich entschieden gegen den Vorkost der deutschen Wissenschaft auspricht, und soweit der Einfluss der Regierung reicht, den deutschen Männern der Wissenschaft die herabsetzende Aufnahme in Frankreich zusehrt. (Der Besuch de Monzies in Berlin hat inzwischen stattgefunden. Schriftl.)

Es geht nicht an, diese Gesten als bloße Heuchelei abzutun oder, wie es vielleicht irgendwelche Toren tun möchten, als ein Zeichen der Furcht vor unseren „Ku-Klux-Klan-Leuten“. Die französische Regierung verkörpert mehrheitlich ganz offenbar den Willen der überwiegenden Mehrheit des französischen Volkes, dessen geundeter Verband der nationalstiftlichen Präsen mehr geworden ist. Dazu kommt, daß Frankreich erntet hat, daß ohne eine Sicherung des europäischen Friedens für die europäische Wirtschaft und damit für die europäischen Menschen keine Lebensmöglichkeit mehr besteht.

Das weiß auch die deutsche Regierung, die ja über die

internationale Lage und über die tatsächlichen Machtverhältnisse in der Welt aus erster Hand unterrichtet ist. Dieser Erkenntnis ist das Patentangebot entripunden, das, wie manche Leute heute offenbar schon wieder vergessen haben, ein Werk der deutschen Politik darstellt und nicht eine „feindliche Falle“.

Statt diesen Vorprung auszunützen und der französischen Friedensoffensive den Nachweis entgegenzuhalten, daß alle die Gedanken, zu denen sich das heutige Frankreich bekennt, schon 1919 von dem deutschen Delegierten in Versailles vertreten worden sind, begünstigt man sich auf diplomatischer Seite damit, den kommenden Verhandlungen mit „diplomatischer“ Zurückhaltung gegenüberzutreten. Dr. Gustav Stresemann, der in dieser Frage eine überaus harte Stellung hat, läßt die Dinge an sich herankommen, ohne sich zu „exponieren“. Es scheint, daß die Hauptrolle der Frage gilt, ob es gelingt, das deutsche „Vlaec“ zu erlangen. Das mag tattlich richtig sein, wenn man nur die innere Politik im Auge hat. Außenpolitisch arbeitet die Zeit jetzt gegen Deutschland und für Frankreich.

Wer sich aus innerpolitischer Rechthaberei unentschlossen zurückhält und als Ersatz für Taten die üblichen Kraft- und Gewaltgeboten zur Schau stellt, die nur noch einzelnen Stammtischen imponieren, der verdient vielleicht die Bezeichnung einer untreulichen „diplomatischen Fremdenlegation Frankreichs“, die jetzt zu Unrecht von den mutlosen Halb-und-Salv-Politikern gegen die Anhänger einer unzeitweiligen, werktätigen, den deutschen Interessen förderlichen Aktivität angewandt wird.

Landbund in diesem Blatt die Oberhand erhielt. Desgleichen sind gelegentlich der Aufdeckung der Feme-Morde sehr kostspielige Vergehungen des Landbundes zu den Geheimbünden Gegenstand der Erörterungen gewesen.

Auch in Brandenburg, Schlesien, Niedersachsen und Sachsen hat die Wirtschaft der Landbündgenossenschaft zum Zusammenbruch geföhrt, und weitere Zusammenbrüche sind nur eine Frage der Zeit. Dabei ist, wie die Verhältnisse im Landbunde liegen, damit zu rechnen, daß die beteiligten Großgrundbesitzer immer reichlicher Kunde rufen, während die Kleinbauern die Sprengelkassen sind.

Überall stellt sich also heraus, daß man in Landbündgenossenschaften trotz aller Kredit- und Gelder des Landwirts zu politischen Propagandazwecken mißbraucht hat. In heller Empörung darüber riefen die Kleinbauern des Niederlausitzer Landbundes dem Vorsitzenden von Nohmer, als er sie hat, Vertrauen zu ihren Führern zu haben, entgegen: „In den Dred habt ihr uns geföhrt!“ Und die gleiche Stimmung herrscht anderwärts. Dabei hat man noch die Sitze, sich für die kommenden

Provinziallandtags- und Kreisparlamenten

als „Vorkämpfer jachtlicher Arbeit und Sparjamkeit“ aufzuführen und sich als „nationalen Ordnungsbld“ zu empfehlen. Eine sühne, nationale Ordnung! Eine sühne „Sparjamkeit“, wenn im eigenen Hause eine derartige Mißwirtschaft betrieben wird, daß Tausende von kleinen Landwirten ihr Geld zum Fenster hinausgeworfen haben. Die Herren vom Landbund sollten also erst einmal vor ihrer eigenen Tür stehen, ehe sie sich als „Ordnungsbld“ für andere Körperchaften in Empfehlung bringen.

Die Folgen einer solchen Mißwirtschaft im eigenen Hause machen sich übrigens bereits bemerkbar. So sind die Bauernorganisationen der Provinz Schleswig-Holstein von den Rechtsparlamenten abgerückt. Nachdem vor kurzem erst ein Kleinbauernbund ins Leben getreten ist, der seine Interessen selbst wahrnehmen will, hat jetzt der alte Schleswig-holsteinische Bauernverein beschloffen, für die kommenden Provinziallandtagswahlen eine eigene bewußtlose Liste aufzustellen. Das bedeutet eine deutliche Abgabe an die Praktiken des Landbundes und an den von ihm bisher be-

triebenen politischen Stimmengang und ist ein Fingerzeig dafür, wie auch in anderen Provinzen verfahren werden muß.

## Die „feurigen Kreuz-Ritter“.

Als die ersten Nachrichten von der deutschen Fühale des Ku-Klux-Klan gerade in dieser Zeit der Kreislaufgaben und der Zeitungshege zur Verfügung kam, wußte man nicht, ob man es mit einer Mobilisation oder einer wirklichen Kriminalmafia zu tun hatte. Man ist in den letzten Jahren zwar daran gewöhnt worden, bei rechtsstabilen Organisationen keine Clownerie für unmöglich zu halten, man ist daran gewöhnt worden, daß manche einer förmlich-geheimnissvollen Organisationen plötzlich durch ungläubige Hochzeiten den erkrankten Charakter ihrer Absichten den erkrankten Polizeiorganen und der Öffentlichkeit bemerken — aber dieses Nachrichten der „Bettläger“, wie man in Amerika die Ku-Klux-Klan nennt, schien doch selbst für Streng-„Wöllische“ etwas zu viel. Man ist eines besseren belehrt worden. Die Organisation unter dem dreiföpfigen „Asgard“ dunkler amerikanischer Rassenreiferer behauptet wirklich. Und kaum, daß diese Tatsache festgestellt ist, bemühen sich die Blätter der Rechten wieder, die Polizei lächerlich zu machen, weil sie sich mit solchen „bummen Sungenherzen“ befähigt. Gewiß — das lächerliche der ganzen Organisation steht außer Zweifel. Wenn aber trotz insensiblen Eide und Schwüren so groß war, allein in Berlin gegen vierhundert Mitglieder anzugehen, — was hätte angerechnet werden können, wenn sich über die zum unbedingtem Gehorsam Verpflichteten und mit gefährlich anmündenden Eider gebundenen Mitglieder irgendeiner jener entsetzlichen und rücksichtslosen Abenteurer als Führer gestellt hätte, wie wir sie in den Nachkriegsjahren ja ausgiebig kennen gelernt haben. Auch in Amerika sportet man über die „Bettläger“ und behauptet, als nicht vorhanden, aber nur, weil die Autorität des Staates nicht ausreicht, sie zu besetzen, und weil der Spott deshalb noch das beste Mittel ist, um sich über diesen Staat im Staate hinwegzusetzen. Es ist zu begrüßen, daß eine solche Entwicklung den „feurigen Kreuz“-Rittern von vorn herein unterbunden wurde.

waren der Italiener Ritti und der Engländer Kennes. Der ehemalige italienische Minister Ritti, der durch die Mussolini-Herrschaft nicht nur geföhrt, sondern ins Exil getrieben ist und mit seiner Familie in Frankreich auf den Tag wartet, wo er in Italien die Freiheit wieder ihr Haupt erheben darf, war der rechte Mann, um über die kritische Lage des Liberalismus in allen europäischen Ländern zu sprechen. Jörnig und lebensfähig befriedigt er die Zustände in Italien, die Unterdrückung der Freiheit der Rede, der Presse, des Glaubens, den gehoramen Untertanensinn, der im Lande Mussolini geföhrt wird. „Auch in den anderen europäischen Ländern“, führte er weiter aus, „besteht durch die Bedrohung des Liberalismus durch den Volksherrismus von links, durch die Reaktion von rechts die große Gefahr, daß etwas von den elementarsten Notwendigkeiten der Zivilisation den Völkern wieder verloren geht, das Vertrauen zu sich selbst — und ein Mißtrauen gegen ihre eigenen Grundätze und Forderungen an deren Stelle tritt.“ Überall sei die Freiheit jetzt im Rückgang. Aber dann kam er zu seinem eigentlichen Thema: die Renaissance des Liberalismus in Europa. Der Geist der Freiheit und des Liberalismus wird siegen, sobald diese Kriege überstanden ist. Alle müssen helfen, die Liberalen aller Länder müssen zusammen dafür arbeiten und nicht ruhen, bis die Renaissance herbeigeföhrt ist. — Entschärflicher Befehl dante dem Redner, der sich auch durch seine Lebenswürdigkeit die Herzen der Zuhörer gewonnen hatte. Von England fuhr er nach Berlin, um in Deutschland ebenfalls für eine stärkere Fühlungnahme der Liberalen aller Länder zu wirken. Ob er an die rechten Türen kam?

Ein englischer Vertreter des Liberalismus, der trotz aller Kritik träftig und mutig in die Zukunft wies, war J. M. Kennes. Er ist Professor der Geschichte, durch aufsehenerregende politische Schriften über sein Land hinaus bekannt und in den Tagen der Sommerferien noch dadurch

den Zuhörern besonders interessant, daß er direkt von der Vermählung seiner jungen Frau, eine russische Prinzessin, mit nach Cambridge brachte. „Am 3. Libertaria“ (bin ich ein Liberaler?) war seine Fragestellung. Er bejahte sie für sich, indem er einige Trennungslinien den Sozialdemokraten gegenüber so markierte: Sie vertreten einen Stand, der nicht sein Stand ist; sie sind für Sozialisierung, er will eine Lösung dieser Frage nicht nach Prinzip, sondern so, daß industrielle Gemeinschaften und Einzelne gleichmäßen zu ihrem Rechte kommen. Überhaupt ist die sozialdemokratische Lehre eine Kette von Konstitutionen, denen die Verbindung mit der lebendigen Gegenwart fehlt. Die Trennungslinie nach rechts bedarf keiner besonderen Erläuterung. „Sch bin ein Liberaler, aber einer, der neue Aufgaben für seine Partei aufstellt.“ Die alten Probleme, wie Landfrage, Erbrecht, uim. sind auch von den anderen Parteien in ihre Programme aufgenommen worden: In welcher Richtung liegt die neue Arbeit des Liberalismus? Er nennt sechs Punkte: eine neue Regelung der Wirtschaftsverhältnisse durch den Staat, Eintreten für den Frieden, Reformen im Erbrecht, Sicherung der Familie, Geburtenkontrolle, Einschränkung des Trintens und Spielens. Das sind Dinge, die die Geister und Gemüter der Wähler befruchtigen, die nicht Gegenstand von Einzelgesprächen sein dürfen, sondern die offen und mit Weisheit als politische Fragen behandelt werden müssen. Denn würde ein neues lebensfähiges Interesse die Wehrlichkeit durchdringen, — Die Ausführungen Kennes waren mehr dazu angelegt, aufzurütteln, Wege zu weisen. Zukunftsfragen in die Hände zu rücken, als zu überzeugen. So fand er denn auch mehr der führenden Geister des englischen Liberalismus zu neuem Leben aufrief und daß es gut für den Liberalismus ist, wenn er auch Männer hat, die ab und zu über die gebahnten Wege hinausstreifen.

Margarete Raumann.

## Zeitsketten

### Die Zukunft des Liberalismus.

Die Schwester Friedrich Naumanns hat uns freundlich nachfolgenden Bericht über die durch Thema und Redner bedeutungsvolle diesjährige Sommersehule in Cambridge gelandt.

Schriftleitung.

Man kann öfter gebildete Leute treffen, die regelmäßig Sonntags in die Kirche gehen, nicht weil ihnen an dem Prediger und seinen Worten besonders viel gelegen ist, sondern weil ihnen die häufige Gemeinschaft mit Gleichgesinnten ein ganz hartes Bedürfnis ist, ihr eigenes religiöses Innenleben dadurch belebt und ermärmt wird. Der Tatsache, daß dasselbe Bedürfnis auch im politischen Leben vorhanden ist, hat man nicht immer genügend Rechnung getragen. Mehr und mehr fängt man jetzt an, durch Sommersehulen und ähnliche Tagungen denen Gelegenheit zu geben, die einerseits sich besser orientieren möchten, andererseits aber auch etwas vom Glauben und von der Kraft der gleichgesinnten Parteifreunde auf sich übergehen lassen möchten. Die liberale Partei in England veranstaltet nur einmal im Jahr eine große Sommersehule, die eine reichliche Woche dauert und aus allen Teilen des Landes Teilnehmer zusammenführt. Dies Jahr tagte sie Anfang August in Cambridge. Trotz der ungefähren 900 Teilnehmer gelang es, im Laufe dieser Woche ein Gefühl der Zusammengehörigkeit zu schaffen und eine Steigerung im Ausmaß des Willens, der Freundschaft und des Mutes zum Liberalismus bei Rednern und Zuhörern in Erscheinung treten zu lassen. Die beiden Männer, die vielleicht am meisten den Blick in die Zukunft lenkten,

# Aus Parlamenten und Parteien

## Die „bürgerliche Wissenschaft“

Der bekannte Sozialpolitiker Prof. Dr. Ludwig Heine bringt in seiner „Sozialen Praxis“ eine ausführliche Würdigung des Kongresses der freien Gewerkschaften, der kürzlich in Breslau stattgefunden hat. Sein Allgemeinurteil ist günstig; desto mehr Aufmerksamkeit verdienen die entscheidenden Worte, mit denen er den Angriff des freigezwergschaftlichen Führers Leipart in Breslau gegen die „bürgerliche Wissenschaft“ zurückweist. Prof. Heine nennt das „eine recht bedauerliche Entgleisung“ und schreibt wörtlich: „Wie konnte er, der Präsident des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, vergessen, daß die deutsche Wissenschaft so gut wie einstimmig die Politik der Reichsregierung bekämpft hat? Hat sie sich da etwa im Schlepptau der Arbeiterbewegung, die freilich die deutschen Gelehrten geistlich und ausdauernd mit Material überhäuft, während in solchen Dingen bei den Gewerkschaften noch ein praxisnaher Geist herrscht, befunden? Hat nicht gerade ein Mann wie Hertner, den Leipart ausdrücklich nannte, in diesem Kampfe mit derselben Lebensgeistesfreude an der Seite der Arbeitermassen gekämpft, wie einige Monate früher im Kampfe gegen einen für überlebensgefährlichen Aufstandtag an der entgegengesetzten Seite? Wie kann man überhaupt das alte Schlagwort von der „bürgerlichen“ Wissenschaft wieder aufwärmen, gegen das sich in uns deutschen Professoren alles auflehnt, weil wir es als eine gräßliche Verkennung des Wissenswissenschaftlichen Arbeit empfinden? einer Arbeit, die weder „bürgerlich“ noch „sozialistisch“ ist, sondern Erkenntnis um der Erkenntnis willen sucht? In der Einführung zum Aufstandtag wurde von demselben Kongress, der Leiparts Worte über die „bürgerliche“ Wissenschaft beifällig aufnahm, auf wissenschaftliche Forschungen ausdrücklich (und überheblich) Bezug genommen. Immer wieder muß gesagt werden: Wer hat denn solche Forschungen durchgeführt? Doch nicht etwa die paar sozialdemokratischen Gelehrten, die es im deutschen Reiche gibt! Nein, man kann sich nicht auf die Wissenschaft stützen, wo man meint, sie vertreten einen der Interessenten gemessen Standpunkt, und sie in den Ort zu werfen, wenn sie unheimlich wird. Doch Arbeitgeber und -nehmer in beiden Hinsichten miteinander, kann an dieser Unmöglichkeit nichts ändern. Es ehrt die Wissenschaft, daß sie sich von keiner der beiden Seiten einfach einfangen läßt. Oder vielmehr: es ist selbstverständlich, daß es so ist.“

## Die Novelle zum Mieterschutzgesetz

Die zurzeit dem Reichstag vorliegt, wird, wie der demokratische Abgeordnete Dr. K. J. J. auseinandersetzt, im Wohnungswesen des Reichstages vorausichtlich eine sehr gründliche Kritik und Umarbeitung erfahren. Die Rechtsprechung im Mieterschutzverfahren, so schreibt er, hat eine Fülle von Zweifelsfragen ergeben, und es wäre deshalb durchaus ein Gebot der Zweckmäßigkeit gewesen, die in dieser Gelegenheit die wesentlichsten dieser Zweifelsfragen durch klare Gesetzesbestimmungen zu entscheiden. Die Regierung sieht aber offenbar auf dem Standpunkt, daß es sich nicht lohnt, in eine organische Umarbeitung dieses noch für ein Jahr in Aussicht genommenen Gesetzes einzutreten. Diese Erwägung ist aber nicht richtig, denn es steht ja fest, daß tatsächlich nach einem Jahre die Verhältnisse eine Aufhebung des Mieterschutzgesetzes möglich machen, denn es ist auf der anderen Seite sehr wohl die Möglichkeit denkbar, daß nach der wirtschaftlichen Entwicklung, die mit dem Mieterschutz für den Hausbesitzer verbunden sind, erleichtert oder befristet werden, daß aber ein sozialer Mieterschutz aufrecht erhalten bleibt, und im Interesse einer solchen Entwicklung muß erwartet werden, daß schon jetzt ein solches Gesetz und einmündige gesetzliche Bestimmungen geschaffen werden.

## Der Reichsschulgesetzentwurf

ist in der Gestalt, in der er vor einigen Tagen zuerst durch mehrere Abgeordnete veröffentlicht wurde, nicht der endgültige Entwurf, an dessen Beratung der Reichstag herantreten soll, sondern ein sog. Referentenentwurf, der im Reichsministerium des Innern angenommen worden ist und nun vorläufig den beteiligten Ministern zur Begutachtung zugestellt wurde. Das hat die Regierung allerdings über die vorzeitige Veröffentlichung und die sofort einsetzende Kritik, alsbald beklagt. Sie hat dabei auch auf Indiskretionen gesprochen, was man aber umso eher auf sich berufen lassen kann, als es ja durchaus nichts Ungewöhnliches ist, daß Gesetzentwürfe über kritische Fragen von der Regierung selbst in ihrer ersten, unmaßgeblichen Fassung dem Urteile der Allgemeinheit unterbreitet werden. Was nun die weitere Behandlung des Referentenentwurfes über das Reichsschulgesetz anbetrifft, so ist gleichfalls schon mitgeteilt worden, daß er sämtlichen Landesregierungen überandt worden ist zur Kenntnis- und Stellungnahme. Wie wir weiter erfahren, werden die zuständigen Minister der Regierungen der Einzelstaaten Ende September oder Anfang Oktober zu einer Konferenz in Leipzig zusammenzutreten, um ihre etwaigen Bedenken gegen die jetzt jenseitigen Bestimmungen des Entwurfs geltend zu machen und Änderungen vorzuschlagen. Auf Grund dieser Beratungen wird dann der endgültige Entwurf hergestellt werden. Dieser Weg einer Befassung der Einzelregierungen mit einer Gesetzesvorlage vor ihrer Übermittlung an den Reichstag ist etwas ungewöhnlich; er ist aber erklärlich im Hinblick auf die ungemessene Schwierigkeit des Gegenstandes. Zu wünschen ist nur, daß der Regierungsentwurf, sobald die letzte Kritik an ihn gelangt worden ist, recht früh publiziert wird, damit die öffentliche Meinung sich mit ihm gründlich auseinandersetzen kann. Wenn irgendein Gesetz, so ist es ein Schulgesetz, das jeden

Staatsbürger angeht und demgemäß auch die allgemeine Beachtung findet. Alle dabei in Betracht kommenden Fragen müssen deshalb rechtzeitig auch vor dem breitesten Forum erörtert werden können.

## Allduischer Logik.

Nach ihrer Delmoller Tagung haben die Allduischen am letzten Dienstag in Essen eine Sondertagung veranstaltet, zu der die Mitglieder des getrennten Gebietes geladen waren, um sich auch hier wieder in hohen nationalitätlichen Präzisen zu ergehen, die im Ruhrgebiet umso unangebrachter waren, als dieses Gebiet nicht infolge der allduischen Politik, sondern in tristem Gegensatz zu ihr befreit worden ist. Das hinderte den Zutritt nach Allduis, die Führer der Allduischen, nicht ein hochwichtiges Programm aufzustellen, das den Kampf für die Befreiung der Heimat und gegen die Preisgabe unserer Volksgenossen enthält. Wie dieser Kampf geführt werden soll, ergibt sich aus einer einstimmig angenommenen Entschließung, welche die Zurückweisung des Streikmannschaftsvorlages zum Sicherheitspakt forderte. Was denken sich die Allduischen eigentlich? Glauben sie wirklich, daß die Entente aus Furcht vor den allduischen Großprojekten das Rheinland oder gar Elsaß-Lotharingen räumen wird? Nein! Wie die Dinge liegen, ist die endliche vollständige Befreiung der Heimat nur auf dem Wege von gütlichen Verhandlungen und von Sicherheitsangeboten zu erreichen. Das sollte ein Mann wie Claß doch schließlich auch aus den Erfahrungen der letzten Jahre gelernt haben!

## Das Hitlerbuch „Mein Kampf“

dessen erster Band loben erschienen ist, und das eine Art Bibel für die Völkischen bedeuten soll, findet nicht einmal bei den engeren Glaubensgenossen Hitlers Anklang. Die völkische „Deutsche Zeitung“ bringt einen langen Zeitiartikel über das Buch, der eine entsetzliche Ablehnung darstellt. Der Verfasser, Otto Bonhard, gesteht, daß er das Buch mit einem „Gefühl der Enttäuschung“ aus der Hand gelegt habe, tabelt die darin hervortretende Eitelkeit und Selbsttäuschung Hitlers und vermißt „neue schöpferische Gedanken“. Er fühlte weiterhin Hitlers ungenügendes geschichtliches Wissen fest und wirft ihm „unachtsames Schimpfen“ vor. Mehr kann man von einer völkischen Kritik des Buches nicht verlangen.

## Geistiger Defekt?

Das Blatt mit den zwei Gesichtern, so wurde die „Hallesche Zeitung“ von ihren deutschen Kollegen, der „Allgemeinen Zeitung“ und „Saale-Zeitung“, nach vor Gericht erfolgter Beweisführung darüber genannt, daß die völkische „Hallesche Zeitung“ einestels antisemitische Hehe treibt, andererseits sich nach Antisemitismus jüdischer Gesandtschaften die Weine abkauft. Dieses Blatt also, ist über den Erlass des Preußischen Kultusministers für die Entpolitisierung des Schullebens in einen Zustand der Rutgerung, der anheimelnd einen schweren geistigen Defekt hervorgerufen hat.

Es schreibt über diesen Erlass, der endlich den Gehirnsfreunden der „Halleschen Zeitung“ in ihrer bisher betriebenen parteipolitischen Hehe unter der Schußwunde des Handwert legt:

Der Minister selbst trage jetzt den Parteien vor in die Schule und wolle der „nationalen“ Wehrbewegung antworten. Er gehe darauf aus, den Geist der Jugend ideologisch zu unterwerfen und sichere sich an keine „nationalen“ Gefühls- und freien Willensbetätigung für ein Ideal. Dagegen die Jungens und Mädels zur Staatsgeföhnung und Wahrung gegenüber den Staatsfeinden erziehen werden sollen, hieße den Geist der Jugend in einer Weise zu knebeln, für die das Wort „Henschelei“ noch zu gelinde sei.

Bei diesen Sätzen kann doch nur sinnlos, den letzten Rest geistiger Urteilskraft zerstörende Rut die Feder geführt haben. Wäre es anders, dann müßte die gesellschaftliche Abundung ja eigentlich auf dem Fuße stehen.

## An das Zentrum.

Du siehst nach rechts mal wieder um, o Zentrumsrat, der Weg ist krumm, du hast dabei recht unbedacht, die Rechnung ohne den Wirt gemacht!  
M. R. — u., aus dem „Mit“.

## Aus der Frauenbewegung

### Gegen die Teuerung! Hausfrauennot!

Von Paula Zintelöder-Diepmannsohn.  
Seit Wochen befinden wir uns in einer noch immer zunehmenden Teuerung; schon bevor die jetzt beschlossenen Jolle und Steuererlasse im Reichstag beraten wurden, begannen die Preise zu steigen. Diese Entwicklung, nach der Ansicht führender Wirtschaftspolitiker mit dem Eintritt der neuen Jolle unumgänglich verbunden und in diesem Zusammenhang auch dem Vollen begründet, hat sozusagen verfrüht eingeleitet. Doch arbeiten wir mit den alten Jollagen, aber längst nicht mehr mit den alten Preisen. Die Gegenstände des täglichen Bedarfs, vor allem Lebensmittel, haben heute schon Preise erreicht, die unteren Hausfrauen vor schwerste Aufgaben stellen und jeden denkenden Menschen mit erster Sorge erfüllen.  
In den breitesten Volksschichten sind die Spuren der Kriegs- und Nachkriegszeit längst noch nicht getilgt; bis weit in die Kreise selbst des sogenannten bessergestellten Mittelstandes hinein fehlen auch heute noch die bescheidenen Bestände, die sojarmen, sorgfältigen wirtschaften, wie wir es in einigermaßen geordneten Verhältnissen der

Vorkriegszeit gewöhnt waren, überhaupt erst möglich machen. Die zahlreichen jungen Haushaltungen der Nachkriegszeit, die noch immer auf die eigene Wohnung warten, haben zum größten Teil überhaupt noch keine nennenswerten Ersparnisse solcher Art gemacht, schon weil ihnen zumeist der Raum zu ihrer Unterbringung fehlt.

Bereits vor der jetzigen Teuerung bestand ein peinlich fühlbares Mißverhältnis zwischen Einkommen und Lebenskosten; nicht nur Vorne und Gelehrte, auch die Einnahmen selbständiger Kaufleute, der meisten Angehörigen der freien Berufe und anderer Kreise blieben in ihrer Kaufkraft weit hinter dem Stande der Friedenszeit zurück. Die neuen Preissteigerungen müssen ja zu Lohnkämpfen führen — wir erleben sie bereits mit Schrecken — und die Schichten, die keine Möglichkeit haben, auf eine Erhöhung ihrer Einkommen hinzuwirken, sind in schwerer Bedrängnis. Überall lenkt sich auf die Hausfrauen die doppelte Last der durch den geteigerten wirtschaftlichen Druck auch gesteigerten Reibarbeit des Familienoberhauptes und der eigenen, aus schärfte angespannten Tätigkeit von Hand und Hirn, um mit Sparen, Entteilen, vorzuleistbarem Entlaufen doch noch Mann und Kinder ausreichend zu ernähren und die Gesamtlebenshaltung der ihr Anvertrauten nicht abtinten zu lassen.

Bei diesem mühseligen Werte gewinnt der Wunsch, künftiger vielleicht noch schlimmerer Teuerung durch Vorkauf zu entgehen, Macht über viele Menschen. Aber zu begehrlich er im Einzelfalle sein kann, so entscheidend muß er von einem höheren Gesichtspunkte aus befaßt werden!

Die gleiche Vergeßlichkeit, die uns auf politischem Gebiete so schwer schadet, treffen wir auch auf wirtschaftlichem, nämlich die eindringlich — natürlich nicht immer schmerzlos — vorkaufswürdigen Lehren der Kriegs- und Inflationszeit weit härter nachwirken: wir wägen es noch alle, daß übermäßige Nachfrage unter jeden Umständen den Preis der so befüllten Ware in die Höhe treiben werde, und zwar zum Schaden aller Verbraucher, auch der heute scheinbar glücklich taufenden! Wir wägen es noch alle, daß im Einzelhaushalt ungewöhnlich große Vorräte nur selten so pariam bewirtschaftet zu werden pflegen wie die gemessenen Mengen, daß also vermeintliche Ersparnis sich durch Mehrverbrauch in Verlust verwandelt, und wir wägen es auch noch, daß z. B. gerade Lebensmittelvorräte besonders in lästlichen Verhältnissen durch notgedrungen unzuverlässige Aufbewahrung dem Verderben ausgeliefert sind. Reduziert aber nur ein Teil solcher Massen vorgetaufte Nahrungsmittel, so hat nicht nur der Käuferhaushalt den unmittelbaren Schaden (statt des erhofften Vorteils), sondern mittelbar auch die Allgemeinheit den Verlust wertvollen Gutes. Es ist klar, daß eine irgendwie erhebliche Verbilligung derartiger Verbilligung wiederum die Preise zu erhöhen geeignet ist.

Wir wollen also nichts taufen, was wir nicht zu geordnet Bedarfsdeckung brauchen; wenn wir taufen, wollen wir Güte und Menge genau prüfen (die Hausfrauenvereine leisten erfolgreich eine wichtige Aufklärungsarbeit, indem sie unter ihren Mitgliedern Warenentwürfe verteilen), beim Bezahlen wollen wir es nicht dulden, daß in über Inflationsgewohnheit einzelne Pennige nach oben abgerundet werden, überall muß im privaten und öffentlichen Leben der Pennig wieder zu Ehren kommen; das ist nichts Unbilliges, sondern etwas Grundrechtliches! „Wer tauf, hat Macht“, wie wenig von dieser Macht willen die Hausfrauen selbstbewußt einzusetzen! Allerdings nicht nur die Hausfrauen, die Frauen überhaupt laien beherrschende Kräfte, die sie haben können, ungeachtet. Wie verhältnismäßig gering ist noch ihre wirkliche lebendige Teilnahme und damit ihr Einfluß im politischen Leben!

Jede Frau, die die wirtschaftliche Auswirkung unseres jetzigen Steuer- und Zolltarifs als persönliche Belastung spürt und sie zu bekämpfen wünscht, gehört in die Deutsche Demokratische Partei, die dieser Politik in schärfster Gemessenheit gegenübersteht; wer über die Bürde des Tages die große Liebe des gemeinamen Ringens um Deutschlands Wiederaufstieg nicht verlieren will, findet in ihr den Boden für tatkräftige Arbeit unter dem Alle verpflichtenden Gesetz der Verantwortung für das Wohl des gesamten Volkes.

## Angestelltenfragen

### Die Not der älteren Angestellten.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten hat loben unter dem Titel „Notruf der älteren Angestellten“ eine Broschüre erscheinen lassen, die die allgemeine Aufmerksamkeit auf eine sehr bedenklich und bedauerliche Tatsache hinlenkt: die zunehmende Arbeitslosigkeit der älteren Angestellten. Wie groß die Notlage hier schon geworden ist, das mag die eine einzige Zahl beweisen, daß nach den Verhältnissen der Stellenvermittlung der letzten 6. D. A. Verbände aus dem Vorkriegsjahre nur etwa sechs bis sieben v. H. der hienaligen Bewerber auf sich nunmehr der Anteil der älteren auf 20-30 v. H. stellt. Wie das gekommen ist, das stellt die Broschüre wie folgt dar: Der durch den Übergang zur stabilen Währung hervorgerufene Abbau hatte naturgemäß bei den älteren Angestellten nicht Halt gemacht. Der soziale Grundbesitz, die nach dem Dienst- und Lebensalter Akkumulationen in ihren Stellungen zu belassen, trat nach und nach völlig in den Hintergrund. Hinzu kommt die große Zahl der durch Zahlungsschwierigkeiten hervorgerufenen stillen Betriebsstilllegungen, durch die das gesamte Personal einschließlich der älteren Angestellten der Beschäftigungslosigkeit überantwortet wurde. Dazu bei das Streben mancher Arbeitgeber gekommen, ältere Angestellte bei der Vornahme von Neueinstellungen zu meiden.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten hat mit Rücksicht hierauf einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der dem

Arbeitgeber die Pflicht auferlegen will, bis zu 20 v. H. seines Angestelltenpersonals aus Regionen zu entlassen, die das 40. Lebensjahr überschritten haben. Dieser Entwurf wird in nächster Zeit im Reichswirtschaftsrat Gegenstand einer Aussprache sein.

Wir geben aus der Volksbühne hier einige Sätze wieder, die die lässliche Rückwärtigkeit des jetzt herrschenden Zustandes auf die Volkswirtschaft im allgemeinen betonen. Es heißt da:

„In den nächsten Jahren muß die deutsche Wirtschaft zu höchster Leistungsfähigkeit entwickelt sein, um die schweren Reparationslasten tragen zu können. Gerade dann aber wird sich der während des Krieges eingetretene Gebürentückstand in einer starken Verminderung des Zuflusses der neu in den Beruf eintretenden jungen Menschen auswirken. Wir werden statt des jetzigen Ueberangebotes einen Mangel an guten Kräften haben. Es ist darum auch einfach ein Gebot wirtschaftspolitischer Klugheit, die mit der Lebens- und Berufserfahrung ausgerüsteten älteren Angestellten jetzt den Betrieben zu erhalten, weil man sie später besonders leicht benötigen wird. Der rückständigste und kurzfristig handelnde Teil der deutschen Arbeiterschaft verzieht auch, daß das nur aller Augen sehende Schicksal der alternden Angestellten bestimmend für die Berufswahl werden muß. Vor allem für die Menschen, die ihren Beruf nicht nur wegen lohnender Verdienstmöglichkeiten in jungen Jahren wählen, sondern in ihm einen wirklichen Lebensinhalt sehen. Meist es bei der jetzigen Einstellung dem alternden Angestellten gegenüber, dann wird der Angestellte zu der materiellen Einstellung des Saisonarbeiters gezwungen. Bereits in diesem Jahre haben wir eine große Anzahl uns gemeldeter Lehrstellen nicht besetzen können, weil die Not der älteren Angestellten die Eltern abföhrt.“

### Kongress des Bundes entschiedener Schulreformer.

Vom 30. September bis 4. Oktober 1925 findet im neuen Berlin-Schöneberger Rathaus eine öffentliche Tagung, „Der neue Lehrer“ vom Bund entschiedener Schulreformer statt. Hervorragende Pädagogen, wie der Leiter, Prof. Diefel, ferner Volkshochschuldirektor Dr. Honigshelm, Frau Lydia Stöcker, Studentin Dr. Tante u. a. werden Referate halten. Aber die Tagung des B. e. S. im Herbst 1924 in Berlin mitgemacht hat, kann alle Erziehungsinstitutionen nur dringend zum Besuch der wichtigsten Veranstaltung auffordern. Nähere Mitteilungen durch den B. e. S., Paul Diefel, Berlin-Friedenau, Mengelfstr. 1.

### Aus den Vereinen

#### Generalversammlung der demokratischen Frauengruppe Naumburg (Saale).

Kürzlich veranstalteten die demokratischen Frauen Naumburgs eine Geburtstagsfeier für ihr Ehrenmitglied, Frau Alara Klauer, im „Hotel zur Post“. Die Festansprache von Frau Dr. Bonitz feierte Frau Klauer als alte, treue Demokratin. Vor zwei Menschenaltern hat Frau Klauer bereits aus eigenem Antriebe und aus eigener Kraft den Weg zum wirtschaftlich selbständigen Beruf gefunden. Mit größtem Interesse und größtem Eifer hat sie durch ihr langes Leben hindurch teilgenommen an den Vätern und Wünschen selbständig denkender und arbeitender Frauen für das Staatsbürgerrecht der Frau, und im neuen Deutschland politische Mitarbeit geleistet. Dr. Holstend überbrachte dann die Grüße und Wünsche der Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Er feierte in seiner Ansprache die Wehrerin als treue Demokratin und überzeugte Republikanerin, die die historische Bedeutung der neuen Reichsarmee wohl zu würdigen verstände. Den tiefgefühlten Dank der Jubilarin sprach ihre Schwester, Frau Saedel, aus, die sich ebenfalls als tapfere, überzeugte Demokratin aus dem Rheinland betannte und aus ihren dortigen Erfahrungen mancherlei Anregungen für das Zu-

hammerarbeiten der demokratischen Frauen gab. Aus der anberaumten Generalversammlung wurde durch Frau Krauß, der ersten Vorstehenden, energische und warmherzige Ansprache eine Neugründungsvorstellung. Die demokratischen Frauen Naumburgs werden sich an jedem ersten Donnerstag im Monat in einem Vereinszimmer des „Hotel zur Post“ treffen, um sich durch Aussprache und Lesüre im demokratischen Sinne selbst zu heiligen und zu weiterarbeiten auszurüsten. Auch unser Blatt bringt Frau Klauer nachträglich die herzlichsten Wünsche dar.

### Winterspielplan der Volksbühne.

Am 12. Sept. hat die Winterpielzeit mit der „Heiligen Johanna“ begonnen, und es kann heute festgestellt werden, daß die Volksbühne mit unverminderter Kraft an die Arbeit geht. Ein Blick auf den Spielplan zeigt, daß alles versucht wurde, um den Mitgliedern ein würdiges Programm zu übermitteln. Besorgt man die Tätigkeit der Volksbühne während der letzten fünf Jahre, dann steht selbst der oberflächlichste Beobachter, daß durch die planmäßige Vermittlung einwandfreier Kunst an Tausend wertvolle Kulturarbeit geleistet wurde, und daß sie ihren Zweck, die Gelegenisse überbrückend auf ausgleichender Basis die Menschen aller Kreise zusammenzuführen, treu geblieben ist und mitgeholfen hat an der Ueberwindung des Theaters als Geschäftstheater. Die Volksbühne in Halle verdient bei vergleichender Betrachtung der deutschen Volksbühnen an erster Stelle genannt zu werden, da sie es verstanden hat, die Teilnahme ihrer Mitglieder an allen Kunstgattungen zu erwirken. Auch der kommende Winter wird eine Reihe der verschiedensten Sonderveranstaltungen bringen. Es ist noch Gelegenheit gegeben, Mitglied der Volksbühne zu werden. Für die Kampfspiele im Thalia-Theater ist eine zweite Gemeinde eröffnet, für die ebenfalls Anmeldungen entgegengenommen werden in der Geschäftsstelle Brüdertstr. 14, täglich von 9-1 und 3-5.

### Neue Bücher

Der Stein der Weisen und das Perpetuum mobile waren das Ziel der Alchimisten und Geheimwissenschaftler im Mittelalter. Die sieben erschienenen 7. Lieferung des „Kleinen Brochhaus“ bringt uns heute eine alte Abbildung eines geplanten Perpetuum mobile, jener Maschine, die ununterbrochene Arbeit ohne erneuerte Antriebskraft leisten soll. Die neue Lieferung des „Kleinen Brochhaus“ weist uns auch sonst viel Interessantes zu. Eine Uebersicht über die Entwicklung der Musik und der Oper geben uns ein klares Bild des ganzen Werdeganges des Tonreichtes, dessen überlieferter Anfang bis weit ins Altertum zurückgehen. Pilzmalen finden zwei reichhaltige Pilzlisten in zum Teil farbiger Ausführung; die Tafeln warnen vor den giftigen Pilzen, die eßbaren werden von den ungenießbaren aber harmlosen Pilzen unterschieden. Ein Kapitel über die Geschichte Völkens gibt uns ein Bild von dem Auf und Nieder der Schicksalskurve dieses an Naturgütern reichen Landes. In dem Artikel über die nordische Mythologie tritt uns die ganze germanische Götterwelt entgegen. Meteorologische Tafeln erweitern das Verständnis für die Wetterverhältnisse und Wetterbeobachtungen. Jedem bringt die Lieferung wieder etwas Neues; sie läßt, wie die vorhergehenden, erkennen, daß der „Kleine Brochhaus“ ein unerschöpflicher Quell des Wissens ist. Allen, die sich dieses ausgezeichnete Nachschlagewerk anzuschaffen wünschen, geben wir den Rat, es sofort beim Buchhändler für den ermäßigten Subscriptionspreis zu bestellen, da dieser äußerst billige Preis nur noch für Bestellungen bis zum 29. September gilt.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Freda Marie Gräfin zu Dohna; für den Anzeigenteil und Verlag: Deutsche Demokratische Partei, Sammling in Halle.  
Druck: Buchdruckerei der Allgemeinen Zeitung, Dessau.

### Haarkranke Frauen und Männer,

die an Ausschall der Kopfhare, Haarsplit, sogen. Haarfraß, Scherfluß, Schuppen usw. leiden, wenden sich unter kurzer Beschreibung des Zustandes vertrauensvoll an Dr. med. G. Campe, G. m. b. H., Magdeburg-N., und senden gleichzeitig einige ausgekämmte Haare zur kostenlosen mikroskopischen Untersuchung ein. Auf Grund des wissenschaftlichen Befundes erhalten die Interessenten **fachmännische Auskunf** darüber, wie und mit welchen Mitteln das Haar rationell gepflegt werden muß, um einem weiteren Haarverlust vorzubeugen, und um ein geschmeidiges, glänzendes Haar zu bekommen. Das Angebot gilt nur für kurze Zeit, schreiben Sie deshalb heute noch.

### Zusammenkünfte

der Deutsch-demokratischen Frauengruppe Halle im „Nikolaus“, 8 1/2 Uhr abends.

Freitag, den 18. September 1925:  
Aussprache über wichtige politische Tagesfragen

Donnerstag, den 1. Oktober 1925:  
§ 218 in juristischer u. medizinischer Beleuchtung  
Frau Wennerich, Frau Dr. med. Schröder-Deitzsch

Freitag, den 16. Oktober 1925:  
Die Dresdener Tagung des Bundes Deutscher Frauenvereine  
Frau Irma Wolff

Freitag, den 6. November 1925:  
Ueber politische Fragen  
Gräfin Dohna

Freitag, den 20. November 1925:  
Gottfried Keller und die Frauenbewegung  
Fräulein Dr. Gosche

Freitag, den 4. Dezember 1925:  
Wandlungen in der Sozialdemokratie  
Herr Amstelsler Penker

Freitag, den 18. Dezember 1925:  
Weihnachtsfeier  
Der Vorstand  
der Deutsch-demokratischen Frauengruppe Halle a. S.

### Mitteilungen

## Die Kreis- und Provinziallandtagswahlen.

(Eigene demokratische Listen.)

Auf Grund des Ergebnisses stattgehabter Besprechungen wird die Deutsche Demokratische Partei im Saalkreise sowohl für den Kreistag, wie auch für den Provinziallandtag eigene Kandidatenlisten aufstellen. Auch aus anderen Wahlkreisen des Regierungsbezirks sind gleiche Meldungen eingelaufen. Schon aus wirtschaftlichen Gründen muß nach dem Bekanntwerden der in vielen Landbundesgenossenschaften betriebenen Geldwirtschaft ein Zusammengehen mit diesen bei Wahlen zu den Verwaltungskörpern der Kreis- und Provinziallandtage als ungeeignet gelten.

### Zigarren - Zigaretten - Tabake

kaut man am billigsten bei

## Hermann Lichtenstein

Zigarren-Spezialgeschäft

Halle a. S. Steinweg 25

### Nur rechtzeitige Erneuerung

des Abonnements für den nächsten Monat bei einem Postamt oder bei einem Briefträger

## Hörsers

unsern Lesern die

### angestörte Weiterlieferung

des

## Politischen Wegweiser

Für Bestellungen, die nach dem 25. eines Monats beim Postamt aufgegeben werden, ergeht dieses eine Sondergehung von 20 Pfennig.

### Herren-Hüte

moderne Farben  
9 50 8 50 6 50 5 95

### Herren-Club-Mützen

4 75 3 95 2 95

### Sportmützen

2 50 1 95 1 45

## Moriz Rosewitz

Halle-S., Steinweg 7.

Halle-S., Kl. Berlin 2.

## Herren-Wäsche

kaufen Sie am besten bei

## Rautenberg, Halle a. S.

Am Leipziger Turm

Unterleuten in niedrigen Strickwaren

## Postamt

An die

Exemplar

### „Politischer Wegweiser“

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland

für 3 Monate, Oktober 1925

und bitte den Bezugserlös vom monatlich 25 Pfennig gebührend an mich einzuliefern

Name \_\_\_\_\_

Str. \_\_\_\_\_

Ort \_\_\_\_\_

Stufe \_\_\_\_\_

